Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1932

8.10.1932 (No. 236)

Visual Library

Nr. 236 Samstag, den 8. Oktober 1932 175. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Zur Milchfrage

Reichsmilchgesetz und milchwirtschaftlicher Zusammenschluß

Vom **Badischen Molkereiverband e. V.**, Karlsruhe, erhalten wir zur Milchfrage und zu den Widerständen, die sich gegen das jetzige System der Milchversorgung zeigen, nachstehende Zuschrift:

Im Zusammenhang mit Erörterungen der Freiburger Milchversorgungsverhältnisse in einer dortigen Tageszeitung sind auch in der Karlsruher Tagespresse einige Zuschriften veröffentlicht worden, die, weil sie sich auf die Karlsruher Milchversorgungsverhältnisse nicht ohne weiteres anwenden lassen, zur Irreführungen Anlaß geben können. Es sei daher auf folgendes kurz hingewiesen:

Das am 1. Januar 1932 in Kraft getretene Reichsmilchgesetz stellt in seinen wesentlichsten Bestimmungen den Schutz der Gesundheit der Verbraucher in den Vordergrund. Es ist darauf bedacht, daß nur gesundheitlich einwandfreie Milch in den Verkehr kommt. Milch, die von gesunden Tieren stammt, ist auch gesund. An der Milchversorgung größerer Städte, zu denen auch Karlsruhe gehört, sind aber tausende von landwirtschaftlichen Betrieben beteiligt. Es ist nun ohne weiteres klar, daß trotz aller Achtsamkeit und Gewissenhaftigkeit Milch von kranken Tieren zur Ablieferung kommen kann, weil ja die Krankheiten nicht immer erkenntlich sind oder aber die Milch auf dem langen Weg, den sie vom Erzeuger nach der Gewinnung bis zum Verbraucher zurücklegt, auf dem sie mit den verschiedensten Personen und Gegenständen in Berührung kommt, mit irgendeinem Krankheitsstoff infiziert wird, und so Krankheiten auf den Menschen überträgt.

Aus diesen Erwägungen heraus wurde die Milchversorgung von Karlsruhe, wie in anderen Städten schon seit Jahren auf die Belieferung der Bevölkerung mit gesundheitlich einwandfreier Milch abgestellt. Von zuständiger Stelle ist diese Tatsache wiederholt auch öffentlich festgestellt worden.

So bestand der in den Zuschriften umstrittene **Pasteurisierungszwang** schon vor Inkrafttreten des Reichsmilchgesetzes auf Grund ortspolizeilicher Vorschriften, die ihrerseits wieder sich auf landesgesetzliche Bestimmungen stützten. Nachdem nunmehr das **Reichsmilchgesetz** in Kraft trat, galt es lediglich, diese Vorschriften auf dieses Gesetz abzustimmen. Im übrigen erkennen die landwirtschaftlichen Organisationen selbst durchaus die Notwendigkeit der Pasteurisierung der Sammelmilch aus hygienischen Gründen an. Es ist übrigens nicht so, daß der Pasteurisierungszwang in den badischen Städten allein durchgeführt wird. Es sei hierbei nur auf unseren nächsten Nachbar Württemberg hingewiesen, wo der Pasteurisierungszwang nicht nur in Stuttgart, sondern auch in einer ganzen Reihe anderer Städte besteht.

So wie es bisher schon dem Verbraucher frei stand, pasteurisierte Milch oder Rohmilch von seinem Milchhändler oder Erzeuger direkt zu kaufen, wird er auch weiterhin freie Wahl in dieser Richtung haben, nur mit dem Unterschied, daß er für die jetzt gekaufte Rohmilch als Markenmilch ebenfalls die Gewähr für ihre einwandfreie Beschaffenheit hat durch die Kontrolle der Überwachungsstelle.

Zu der bisher in Karlsruhe in den Verkehr gebrachten Milch, also der pasteurisierten Vollmilch, offen und in Flaschen, sowie der sogenannten Vorzugsmilch kommt, abgesehen von der Rohmilch, die der Verbraucher direkt im Betrieb des Erzeugers abholt, noch die sogenannte Markenmilch.

Es bleibt nach wie vor dem freien Ermessen des Verbrauchers überlassen, die Milchsorte zu kaufen, die ihm zusagt.

In Fachkreisen besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß einer nach modernen Gesichtspunkten molkereitechnisch behandelten Milch in gesundheitlicher Hinsicht jeder nicht kontrollierten Rohmilch der Vorzug zu geben ist, worauf auch erst jetzt wieder Prof. **Sommerfeld**, Abteilungsdirektor am Städtischen Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus in Berlin hingewiesen hat.

Die Annahme, daß die molkereitechnisch behandelte Milch eine erhebliche Verteuerung bedingt, ist nicht ohne weiteres richtig. Es würde nur zutreffen, wenn man unter Weglassung der Pasteurisierung auch auf eine **Reinigung** und **Tiefkühlung** der Milch verzichten wollte, d. h. alle die Maßnahmen in Wegfall kommen würden, die für die Genußfähigkeit und Haltbarkeit unerträglich sind.

Es hat sich auch gezeigt, daß die Zentralisierung der Milchversorgung, die vom Standpunkt der Landwirtschaft aus auch aus anderen Ursachen heraus vertreten wird, nicht verteuernd wirkt, da in den Städten, wo das freie Spiel der Kräfte zwischen Angebot und Nachfrage allein bestimmend ist, die Preisschere eher größer als kleiner geworden ist, trotz der erheblich schlechteren Qualität der dortigen Milch.

Man sollte allmählich annehmen dürfen, daß jeder, der glaubt, sich schriftstellerisch auf milchwirtschaftlichem Gebiete betätigen zu müssen, wissen müßte, daß mit dem Anwachsen der Milcherzeugung nicht jeder Liter Milch, der vom Landwirt erzeugt wird, als Frischmilch abgesetzt werden kann. Damit kann für die Preisbildung nicht allein der Erlös beim Frischmilchverkauf maßgebend sein, sondern in gleicher Weise ist auch hierfür der **Erlös aus der Verarbeitung** bestimmend. Auf diese Zusammenhänge hat ja bereits das Ministerium des Innern in seiner Auslassung in Nr. 217 der „Karlsruher Zeitung" im Zusammenhang mit Freiburger Verhältnissen hingewiesen.

Bei dem Hinweis auf die Berliner Preisverhältnisse in einer der Veröffentlichung ist gerade außer acht gelassen worden, daß es sich bei den genannten Preisen von 13,85 Rpf. um den Lieferpreis für Frischmilch frei Berlin handelt und auch Berlin neben dem Frischmilchpreis einen Werkmilchpreis, die sogenannte B-Milch kennt, für welche die Preisnotierung 9 Rpf. beträgt.

Die Preisspanne in Berlin ist somit **wesentlich höher** wie in Karlsruhe und anderen badischen Städten, trotzdem der genannte Preis von 24 Rpf. in Berlin ab Laden gilt und für das Zutragen erhebliche Zuschläge gefordert werden. Da in Berlin zudem der **Fettgehalt** der Milch um zirka 2 Prozent niederer liegt als in Karlsruhe (Berlin zirka 2,8—3 Proz.; Karlsruhe 3,6—3,8 Proz.), ist der vorhandene Preisunterschied zweifellos durch die Qualität ausgeglichen und berechtigt.

Um nun eine Verteilung der Lasten zu ermöglichen, die aus den verschiedenen Verwertungsarten entstehen, ob als Frischmilch oder Werkmilch und vor allen Dingen um damit eine Überbelieferung des Marktes zu unterbinden, werden die **milchwirtschaftlichen Zusammenschlüsse** nach § 38 des RMG. in **Baden gebildet. Sie bringen in keinerlei Weise eine Belastung der Verbraucher.** Sie sollen vielmehr mit dazu beitragen, durch Verringerung der Preisspannen auch dem Konsumenten zu dienen.

Die Einwendungen, die bisher gegen diese milchwirtschaftlichen Zusammenschlüsse erhoben wurden, gehen somit von falschen Voraussetzungen aus, oder aber sie kommen von Kreisen, welche befürchten, hierbei besondere Vorrechte und Vorteile zu verlieren, von denen weder der Verbraucher noch die Landwirtschaft irgendwelchen Nutzen hat. Es handelt sich hier auch **nicht**, um es besonders zu betonen, um eine sogenannte Zwangswirtschaft im früheren Sinne, sondern um den **Zusammenschluß einer Berufsgruppe auf gesetzlicher Grundlage**, wie wir sie in ähnlicher Form **bei anderen Berufen schon lange kennen.** Die Zusammenschlüsse werden nur dann von seiten der Regierung angeordnet, wenn einwandfrei feststeht, daß die überwiegende Mehrheit der Milcherzeuger sie fordert. Bekanntlich genügen aber oft nur einige wenige, um nach außen hin den Eindruck zu erwecken, autorisiert zu sein, die Landwirtschaft zu vertreten, besonders dann, wenn es ihnen gelingt, die Tagespresse für ihre Auslassungen zu gewinnen.

Mit dem Zusammenschluß soll neben der Regulierung des Marktes und der Preise vor allen Dingen auch eine für unsere Volkswirtschaft **lebenswichtige** Frage mitzulösen versucht werden. Es soll damit erreicht werden, daß die Verarbeitungsmilch durch die richtigen Kanäle einer rationellen Verwertung zugeführt wird, die es ermöglicht, durch **qualitativ hochwertige Ware die Einfuhr aus dem Ausland zugunsten der eigenen Erzeugung zu verdrängen.** Ein Ziel, das von jedem Deutschen unterstützt werden sollte, durch Verständnis für die Maßnahmen und durch Bevorzugung der heimischen Produkte beim Einkauf.

Letzte Nachrichten

Um die Abrüstung

Französisch-amerikanische Annäherung?

WTB. Paris, 8. Okt. (Tel.) Zu einer Unterredung des amerikanischen Vertreters auf der Abrüstungskonferenz, Norman Davis, mit dem Ministerpräsidenten Herriot schreibt die Pariser Ausgabe des „New York Herald", Davis habe den Wunsch Washingtons, die Abrüstungskonferenz möge nun endlich greifbare Fortschritte zeitigen, zum Ausdruck gebracht. Weiter habe er erklärt, Washington stehe jeder Bemühung in dieser Richtung wohlwollend gegenüber. Herriot habe in der Besprechung seinen ernsten Willen bekundet, das Abrüstungswerk zu fördern. Er sei bereit, jeden positiven Vorschlag in Erwägung zu ziehen.

Die **Pariser Presse** ist nicht in der Lage, Einzelheiten über die gestrigen Unterredungen zu bringen. Sie sucht aber den allgemeinen Eindruck dahin zu charakterisieren, daß die in letzter Zeit zutage getretene Tendenz einer **französisch-amerikanischen Annäherung** sich erneut gezeigt und sogar verstärkt habe. Da alle Blätter diese Feststellung machen, darf man annehmen, daß die Presse am **Quai d'Orsay in dieser Richtung informiert** worden ist. Mit größter Vorsicht wird man die Behauptung des stark nationalistischen Blattes „L'Ordre" aufnehmen müssen, wonach Norman Davis vorgeschlagen haben soll, die **Aussprache in Genf** auf der **Grundlage der Hoover-Note wiederaufzunehmen.** Wenn **Deutschland** sich dann noch weigern sollte, an der Konferenz teilzunehmen, würden ihm die übrigen Mächte zu verstehen geben, daß der Rüstungsstand Deutschlands sich ständig nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages werde richten müssen. Herriot scheine sich dem Standpunkt Davis angeschlossen zu haben.

Der Aufmarsch zur Reichstagswahl

Mittelparteien wieder zersplittert

CNB. **Berlin**, 8. Okt. (Priv.-Tel.) Nachdem die Bemühungen, die bürgerlichen **Mittelparteien** für den **kommenden Reichstagswahlkampf** auf einer gemeinsamen Liste zu vereinigen, schon vor längerer Zeit gescheitert sind, da die **Deutsche Volkspartei** ihr Wahlbündnis mit den Deutschnationalen erneuert und der **Christlichsoziale Volksdienst** erklärt hat, daß er auch diesmal selbständig und ohne jede Bindung vorgehen will, können jetzt auch die Versuche, die **restlichen Mittelparteien** auf eine gemeinsame Grundlage zu bringen, als gescheitert angesehen werden. Trotzdem werden diese Parteien aber auf eine Beteiligung an den Wahlen nicht verzichten.

Starke Erhöhung des japanischen Wehretats?

CNB. **London**, 8. Okt. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung der „Times" aus **Tokio** sind die japanischen Ministerien gegenwärtig mit der Vorbereitung ihrer Voranschläge für den nächsten Haushaltsplan beschäftigt. Japanische Zeitungen wissen zu berichten, daß **Heer und Marine große Erhöhungen** ihrer Etats zu erreichen versuchen. So soll die Armee 560 Millionen verlangen gegen 189 Millionen Yen im laufenden Etatsjahr. Die Flotte soll annähernd ebenso viel beanspruchen, während sie im Vorjahre nur mit 211 Millionen bedacht worden war.

Das Reichskabinett ist sich in seiner Sitzung am Freitag über die **Antwort** schlüssig geworden, die es der **englischen Regierung** auf die Einladung zur Londoner Konferenz geben wird. Die Antwort wird aber erst veröffentlicht, wenn sie in London überreicht ist.

Keine Braun-Krise. Von unterrichteter Seite werden die Meldungen, Reichsernährungsminister Frhr. **v. Braun** werde zurücktreten, entschieden dementiert und festgestellt, daß von einer Braun-Krise keine Rede sein könne.

*Zur politischen Lage

Das französische Nein

Die französische Politik wird nur derjenige richtig verstehen, der sich über die Bedeutung klar ist, die der Begriff „Sicherheit" für die Franzosen hat. Es gibt nichts, was die politischen Gedankengänge des französischen Bürgers stärker beeinflußt, als dieses Wort. Und sofern dabei nur an die Sicherheit vor einem **Angriff** gedacht wird, wird kein billig denkender Mensch den Franzosen solches verargen wollen.

Das französische Volk hatte am Ende des Weltkrieges, nachdem der Sieg errungen war, nur den **einen Wunsch**, für alle Zukunft die Möglichkeit einer Besetzung französischen Bodens auszuschließen. Die Berechtigung dieses Wunsches ist von allen Menschen, die ehrlich den Frieden wollen, also auch von uns Deutschen, anerkannt worden. Und wir würden alle Maßregeln verständnisvoll gewürdigt haben, die **wirklich** dem hohen Ziele der Sicherheit gedient hätten. Der **Völkerbund** wäre ein Instrument gewesen, um dieses Ziel zu erreichen. Aber es hätten **andere** Persönlichkeiten an der Spitze der siegreichen Mächte stehen müssen. Es hätte ein **anderer** Geist in den Kabinetten Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und Nordamerikas herrschen müssen, als er damals in den Jahren 1918 und 1919 faktisch geherrscht hat.

Man hätte vor allem **einsehen müssen, daß die Sicherheit einer Macht niemals erkauft werden darf durch die brutale Vergewaltigung der andern.** Denn, vom Standpunkte der Moral, vom Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit aus gesehen, trägt eine **jede** Vergewaltigung die Gefahr einer Bedrohung der Sicherheit desjenigen in sich, der diese Vergewaltigung verübt. Es ist ein wahres Wort, das nicht der freie Mann zu fürchten sei, sondern nur der, der Sklavenketten trägt.

Frankreich hat beim Friedensschluß und auch in den darauffolgenden Jahren alles getan, um **Deutschland** in den Zustand einer mit Sklavenfesseln gebundenen Macht **herabzudrücken.** Gewiß hat es geglaubt, mit dieser Methode der eigenen Sicherheit am besten zu nützen. Aber dieser Glaube war und ist ein **verhängnisvoller Irrglaube.** Er ist schuld daran, daß heute die französische Politik gezwungen ist, nicht nur den **berechtigten** Anspruch auf Sicherheit zu verteidigen, sondern gleichzeitig alle die Maßnahmen und Paragraphen, die seinerzeit erfunden und angewandt worden sind, um Frankreich eine **politische und militärische Suprematie in Europa** zu verschaffen, die nach den Wünschen der Franzosen so groß sein soll, daß sie schon allein durch ihre furchterweckende Größe jede Auflehnung ausschließt und **damit** die Sicherheit Frankreichs garantiert.

Die Rechnung ist deshalb **falsch**, weil man wohl einen einzelnen Menschen oder auch eine kleine Gruppe von Menschen auf die Dauer in Ketten halten kann, **aber niemals ein ganzes, mächtiges Kulturvolk.** Es würde allen Lehren der Geschichte, es würde aber auch allen biologischen Grunderfahrungen widersprechen, wenn eine Nation von der Größe der deutschen sich diesen Zustand auf die Dauer gefallen ließe. Und, sofern ein solcher Zustand durch Verträge bestimmt wird, wird eine jede Nation, die

Mit der Beilage: Badische Wohlfahrtsblätter Nr. 2

sich in **diesem Zustand** befindet, mit aller Energie alles versuchen, **um ihn zu ändern. Kein** Vertrag hat Gültigkeit für alle Zeiten. Zu allem Überfluß räumt aber sogar der Versailler Vertrag, der doch wirklich ein Instrument brutalster Gewaltigkeit ist, den Deutschen **feierlich das Recht auf Revision ein.** Und diese Revision ist es, die wir verlangen.

Vielleicht wäre es im Interesse unserer Außenpolitik besser gewesen, wenn wir diesen **Revisionsanspruch,** der ja durchaus ein **rechtlich begründeter** ist, entschiedener und zielbewußter angemeldet hätten. Dann würde die Forderung nach militärischer **Gleichberechtigung** im Bewußtsein der Völker noch ein ganz besonders starkes Fundament haben. Immer wieder hätten wir der Weltöffentlichkeit sagen müssen, daß der Vertrag von Versailles selbst uns die Revisionsmöglichkeit einräumt, und daß wir nur in selbstverständlicher Wahrnehmung eines **Rechts** handeln, wenn wir jetzt die Revision fordern. Hinzu wäre dann jene **andere** Begründung gekommen, daß der Friedensvertrag an einer anderen Stelle die deutsche Entwaffnung als den ersten Schritt der **allgemeinen Abrüstung** bezeichnet und sonach alle Völker zur allgemeinen Abrüstung verpflichtet.

Einstweilen beharrt die französische Politik bei ihrem **Nein;** und die Forderung der Gerechtigkeit, daß Deutschland grundsätzlich eine ebenso große Landmacht zu beanspruchen hätte als Frankreich, diese Forderung wird **brüsk als völlig undiskutabel abgelehnt.** Das **englische Kabinett** bemüht sich weiter um einen Kompromiß. Wie er zustande kommen soll, vermögen wir nicht zu erkennen.

Ob Deutschland von dem wiedergewonnenen Recht faktisch in demselben Umfange wie Frankreich **Gebrauch** machen würde, ist eine ganz andere Frage. Wahrscheinlich ist sie mit Nein zu beantworten. Aber diese Antwort wollen wir als Volk **aus freiem Entschluß** und ohne Zwang erteilen. Der Sinn unserer Forderung ist der, daß grundsätzlich nun endlich das **gleiche Recht für alle** hergestellt wird — denn dieses Recht ist die Voraussetzung jeder Souveränität —, und daß die Beschränkungen der freien Selbstbestimmung endlich einmal **aufgehoben** werden.

Der Mandschukonflikt

Daß der **Völkerbund** uns in unserer Forderung nicht mit aller Macht unterstützt, ist ein Beweis dafür, daß dieser Völkerbund nicht imstande ist, seine hohen und idealen Aufgaben zu erfüllen. Und er **kann** dazu auch gar nicht fähig sein, weil ja in ihm dasselbe **Frankreich,** das uns für alle Ewigkeit niederhalten will, **die tonangebende Macht** ist. In einer anderen Frage, in der Frankreich nicht so sehr interessiert ist, hat sich der Völkerbund immerhin wenigstens schriftlich, in der Form einer Erklärung u etwas aufgerafft, was nach einer Bekräftigung des Gerechtigkeitsprinzips aussieht.

Der Bericht der **Lytton-Kommission** des Völkerbunds — also der Kommission, die im Auftrag des Völkerbunds das **mandschurische Problem an Ort und Stelle studierte** —, ist bei aller Vorsicht und bei allem Bestreben auch Japan politisch gerecht zu werden, doch so beschaffen, daß er dem **Rechtsgedanken wenigstens akademisch zum Siege verhilft.** Nach diesem Bericht ist Japan moralisch dazu verurteilt, prinzipiell die **Souveränität Chinas über die Mandschurei anzuerkennen** und **seine Truppen aus der Mandschurei zurückzuziehen.** Die berechtigten Interessen Japans wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Natur, sollen auf andere Weise gewahrt werden. Der Bericht macht hierzu eine Reihe beachtenswerter Vorschläge.

Natürlich hat Japan das getan, was jeder von vornherein erwartet hat: es hat den Bericht mit einem Achselzucken zu den Akten gelegt und erklärt, daß die oberste Voraussetzung des Berichts nicht gegeben sei, nämlich das Vorhandensein einer ordnungsgemäßen Regierung in China. Mit diesem Argument glaubt Tokio weiterhin ihre Annektionspolitik begründen zu können.

Kurze Nachrichten

Keine Regierungssubvention für Zeitungen. In verschiedenen Zeitungen sind in den letzten Tagen Behauptungen aufgestellt worden, die von einer Interessennahme der **Reichsregierung** bei den Verlagen **Ullstein** und **Mosse** und bei anderen Zeitungen sprechen. Von zuständiger Stelle wird dazu mitgeteilt, die Reichsregierung kenne keine Zeitungen, die von ihr in irgendeiner Form subventioniert werden.

Der neue Chef des Protokolls. Der Reichspräsident hat den Generalkonsul in Kalkutta, Graf **v. Bassewitz,** zum Vortragenden Legationsrat mit der Amtsbezeichnung „Chef des Protokolls" ernannt.

Neueinstellungen von je 1000 Arbeitern werden aus den Eisenbahndirektionsbezirken **Kassel** und **Wuppertal** gemeldet.

Streik bei den Bayrischen Motorenwerken. Die gesamte Belegschaft der Bayrischen Motorenwerke in München ist wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten.

Bei den Landwirtschaftskammerwahlen in der Grenzmark Posen-Westpreußen wurden gewählt: Nationalsozialisten 4, Landbund 3 Sitze, Christl. Bauernverein 1 Sitz.

Das Defizit im französischen Haushalt dürfte sich, wie Havas meldet, auf etwa 12 Milliarden Franken belaufen.

Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei hat einstimmig einen Beschluß angenommen, der sofortige Verhandlungen für die endgültige Aufhebung der Schulden und die Unterbrechung der „aus den besiegten Ländern herausgeholten verderblichen Reparationen" verlangt.

Lohnherabsetzung in der Textilindustrie von Manchester. Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie von Manchester hat beschlossen, seinen Mitgliedern zu empfehlen, durch Aushang in den Betrieben eine Lohnherabsetzung von 8,75 Prozent durchzuführen. Von dieser Maßnahme werden 200 000 Arbeiter betroffen.

Die badische Landwirtschaft und die Agrarpolitik

Ausführungen des Präsidenten der Landwirtschaftskammer Dr. Grafen Douglas

Der Präsident der badischen Landwirtschaftskammer, Dr. **Graf Douglas,** gewährte dem Vertreter der „Konstanzer Zeitung" ein Interview, bei dem er sich über die aktuellen Fragen der Agrarhilfsmaßnahmen, insbesondere über die **Kontingentierungspolitik** äußerte. Graf Douglas betonte u. a.:

Nachdem das Deutsche Reich die handelspolitische Freiheit wieder erlangt hatte, und mit fast allen Staaten der Welt Handelsverträge abschloß, sind wir Landwirte der Überzeugung, daß fast alle diese Handelsverträge gegen die **Interessen der Landwirtschaft** verstoßen. Es steht fest, daß fast alle Produkte der Landwirtschaft in diesen Handelsverträgen zuungunsten der Landwirtschaft und im Austausch gegen industrielle Zollsätze gebunden worden sind. Als badischer Kammerpräsident weise ich ganz besonders darauf hin, daß **alle die badische Landwirtschaft interessierenden Zollsätze** nicht nur einmal, sondern mehrmals **gebunden** wurden, und zwar in verschiedenen Handelsverträgen. Diese mehrmalige Bindung macht es uns unmöglich, durch Handelsvertragsverhandlungen in absehbarer Zeit frei zu werden und eine andere Handelspolitik einzuleiten.

Alle Landwirtschaftsführer haben eindringlichste Vorstellungen erhoben, um eine Änderung herbeizuführen. Wohl gelang es Minister **Dietrich,** durch die damals erfolgte Kündigung des schwedischen Handelsvertrages für die **Getreidewirtschaft** wieder erträgliche Preise zu schaffen. Alle Produkte aber, die man unter **Veredelungswirtschaft** zusammenfaßt, blieben unberücksichtigt, weil sie durchweg in mehreren Handelsverträgen gebunden waren. Als eklatantes Beispiel dafür führe ich den **Käsezoll** an und weise darauf hin, daß die verschiedenen Käsezölle in vier, ja sogar fünf Handelsverträgen gebunden sind. Da diese Handelsverträge verschiedene Laufdauer haben, ist es klar, daß die Landwirtschaft auf dem Wege der Verhandlungen niemals etwas erreichen konnte. Für uns bleibt deshalb nichts anderes übrig, als **Kontingentierung** zu verlangen. Dabei wissen wir wohl, daß Kontingent-Handelspolitik **eine Notmaßnahme** ist, zu der eine Regierung nur greifen darf, wenn die Not eines Berufsstandes die Höhe erreicht hat, wie wir sie in der Landwirtschaft in Deutschland erleben.

Auf die Frage, ob die Landwirtschaft mehr auf **Absatzvermehrung** als **Preiserhöhung** abziele, antwortete Graf Douglas:

Unser Ziel in der deutschen Landwirtschaft ist ganz klar. Wir wollen Deutschland **vollständig freimachen von den Zufuhren ausländischer Lebensmittel.** Viel rascher als ich es zu wagen hoffte, sind wir diesem Ziel näher gekommen. Bei **Brotgetreide, Hafer, Kartoffeln, Fleisch, Milch** und einer ganzen Reihe von **Gemüsearten** sind wir heute schon in der Lage, Deutschland vollständig zu versorgen. Unsere Aufgabe ist es nun, **auch in anderen Warengruppen** die Produktion so zu gestalten, daß Deutschland nur unbedeutende Mengen einzuführen braucht. Diese Arbeit ist schwierig; sie verlangt Umstellung in den Betrieben und sie verlangt eine ganz genaue Kenntnis der Marktbeschickung und Marktlage in den verschiedenen Gebieten Deutschlands. Ich glaube aber sagen zu können, daß gerade auf dem Gebiete der Marktbeschickung und Marktführung die deutsche Landwirtschaft in den letzten Jahren ungemeine Fortschritte machte.

Unser Ziel ist also **eine Vermehrung der Waren, nicht eine Erhöhung der Preise.**

Weiter betonte Graf Douglas, daß **nicht Deutschland** das Kontingentierungssystem in Europa einführe, daß aber Kontingentierungs- und Präferenzverträge im Rahmen der neuen Handelspolitik kommen müßten. Über die **Auswirkungen** der Agrarhilfsmaßnahmen für Süddeutschland äußerte sich der Befragte wie folgt:

Die **Milchproduktion** und vor allen die **Forstwirtschaft** werden sicher bei uns in Süddeutschland den größten Nutzen von der Kontingentierungspolitik haben. Aber auch der finanzielle Teil ist für unsere süddeutsche Landwirtschaft von größter Bedeutung. Obwohl unser **Genossenschaftswesen** in Baden in seinem Oberbau gesund ist, wird es doch eine Menge Genossenschaften geben, bei denen die Sanierung eine große Wohltat für die diesen Genossenschaften angehörenden Landwirte bedeuten.

Zum Schluß setzte sich Präsident Graf Douglas für einen **Ausbau des Beimischungszwanges** ein und hob insbesondere die Wirkung des Beimischungszwanges beim **Treibstoff** hervor. Aber um alle diese Dinge, Kontingentierungspolitik und richtige Beimischungspläne, durchführen zu können, **braucht man Zeit** und vor allem eine tatkräftige und zielbewußte Reichsregierung.

Die amerikanischen Elektrokönige unter Betrugsanklage

Gegen die Gebrüder **Insull,** die Elektrokönige Amerikas und Beherrscher der Insull and Utility Investments Incorporation, ist Anklage wegen Betrugs und Unterschlagung erhoben worden; außerdem wurden sie **verhaftet.** Der Zusammenbruch des Insullkonzerns erfolgte im April 1932. Über die Dachgesellschaft des Konzerns mußte gerichtliche Zwangsverwaltung verhängt werden, da die Gesellschaft nicht in der Lage war, den Verpflichtungen nachzukommen. Es handelt sich um den größten Wirtschaftszusammenbruch, der sich jemals in Amerika ereignet hat. Betroffen sind die Einleger von einem Kapital von 400 Millionen Pfund, d. h. von über 6 Milliarden Reichsmark. Samuel Insull, der jetzt 73 Jahre alt ist, ist ein geborener Engländer, kam vor einem halben Jahrhundert nach Amerika und war als 22jähriger Privatsekretär bei Thomas A. Edison. Schließlich wurde er Alleinherrscher über Gas, Strom und Straßenbahn. Man erzählt, daß riesige Bestechungssummen an die Stadtoberhäupter von Chicago gezahlt worden sind, um die Vormachtstellung des Insull-Konzerns immer mehr zu erweitern und zu festigen. In Europa versuchte man ebenfalls Fuß zu fassen. So hatte der Konzern schon 1928 das städtische Verteilungsnetz der Stadt Wien erworben. Weitere Domänen besaß man in Vorderindien und in Südafrika. Welche Vormachtstellung der Konzern erreicht hatte, zeigt die Tatsache, daß er im ganzen 5000 amerikanische Städte mit elektrischem Strom versorgte. Seine Einnahmen aus der Stromerzeugung beliefen sich 1929 noch auf zwei Milliarden Dollar.

Arbeitslosendemonstrationen in London. Im Osten Londons kam es dieser Tage zu Arbeitslosendemonstrationen, die zeitweise einen **bedrohlichen Charakter** annahmen. Mehr als 10 000 Arbeitslose, darunter viele Frauen, umlagerten das Rathaus. Die Gemeinderäte mußten von der Polizei durch die Hintertür nach Hause geleitet werden. Polizei zu Fuß und zu Pferde ging wiederholt mit dem Gummiknüppel gegen die Menge vor.

Französische Landwirte drohen mit Steuerstreik. Eine Delegiertenversammlung landwirtschaftlicher Vereinigungen in **Paris** beschloß, in den Steuerstreik zu treten, wenn ihren agrarpolitischen Forderungen nicht Genüge getan werde.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit um rund 123 000 Personen

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16. bis 30. September 1932 waren **Ende September** bei den Arbeitsämtern rund **5 100 000 Arbeitslose** gemeldet. Während des ganzen Monats September hat damit die Arbeitslosenzahl nach einer vorübergehenden Erhöhung um rund 123 000 **abgenommen.** Saisonmäßige Einflüsse, die Maßnahmen der Reichsregierung und in starkem Umfange auch die bekannten Änderungen des Unterstützungssatzes haben zu dieser Entwicklung des Zahlenbildes beigetragen.

Die Zahl der **Hauptunterstützungsempfänger** belief sich Ende September in der **Arbeitslosenversicherung** auf rund 626 000 (gegen 660 000 um 15. September), in der **Krisenfürsorge** auf rund 1 224 000 (gegen 1 280 000 am 15. September). Von den Arbeitsämtern anerkannte **Wohlfahrtserwerbslose** wurden Ende September rund 2 035 000 gezählt, d. h. rund 5000 mehr als Ende August. Die Zahl der **Notstandsarbeiter,** die sich Ende August auf rund 67 000 belief, konnte im Laufe des September, begünstigt durch die Witterung, noch um etwa 5000 erhöht werden. Die Zahl der im **Arbeitsdienst** beschäftigten Arbeitsdienstwilligen ist von rund 144 000 Ende August auf rund 200 000 Ende September gestiegen.

*

Der Reichsarbeitsminister stellte in einer Unterredung mit deutschnationalen Abgeordneten eine **Erhöhung der Sätze der Arbeitslosenunterstützung** im kommenden Winter in Aussicht, falls sich die Hoffnungen der Regierung auf Verminderung der Arbeitslosigkeit verwirklichten.

Aus den Ländern

Verbot der bargeldlosen Arbeitsgemeinschaften

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat Dr. **Bracht** unter dem 27. September einen Erlaß über bargeldlose Arbeitsgemeinschaften herausgegeben, der sich gegen die Versuche richtet, durch Schaffung sogen. **Girogeldes** oder dgl. und unter Mithilfe besonders zu diesem Zweck gebildeten „Arbeitsgemeinschaften" (Ausgleichskassen und ähnlicher Organisationen) einen besonderen Zahlungsverkehr ins Leben zu rufen. Ein solches Verfahren, heißt es in dem Erlaß, begegne schwerwiegenden Bedenken. Es handle sich um eine neue Art der **Geldschöpfung,** die ernste währungspolitische und kreditpolitische Gefahren in sich schließe. Soweit an solchen Verfahren Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligt sein sollten, soll diese Beteiligung sofort aufgegeben werden und neue Beteiligungen sollten nicht mehr erfolgen.

Nationalsozialistischer Antrag gegen artfremde Künstler abgelehnt

Im Unterrichtsausschuß des **preußischen Landtages** kam es am Montag zu einer längeren Debatte über einen nationalsozialistischen Antrag, der dahin zielte, sämtliche „artfremde ausländische Künstler und Hilfskräfte des deutschen Rundfunks" abzulösen und durch deutschstämmige Kräfte zu ersetzen. Der Antrag wurde gegen Antragsteller und Deutschnationale ebenso **abgelehnt,** wie eine von den Deutschnationalen vorgeschlagene mildere Fassung, diese Abberufung nur „sobald als möglich" vorzunehmen. Gegen die Antragsteller wurde weiter ein Zentrumsantrag abgelehnt, die Rundfunkkräfte stärker als bisher in den Dienst christlicher und deutscher Kultur zu stellen.

*

Das Schächten in Hessen kontingentiert. Im Hessischen Landtag ist zwar ein nationalsozialistischer Antrag auf Erlaß eines Schächtverbotes mit 34 gegen 32 Stimmen abgelehnt worden. Es wurde aber ein Antrag der Nationalsozialisten angenommen, und zwar auch mit den Stimmen des Zentrums, nach dem in Hessen das Schächten von Schlachttieren nach dem Bedarf der jüdischen Bevölkerung **kontingentiert** werden soll.

Verlängerung der Bestimmung über Brotgewichtangabe

In dem Brotgesetz ist die Bestimmung enthalten, daß Brot, für das ausschließlich oder überwiegend Mahlerzeugnisse des Roggens verwendet werden, gewerbsmäßig nur in bestimmten Gewichten hergestellt werden darf, und daß das Gewicht vom Hersteller auf dem Brot für den Käufer leicht erkennbar anzugeben ist. Diese Bestimmung, mit deren Einführung s. Zt. das sog. System des festen Brotgewichtes bei gleitenden Preisen ganz allgemein für das Reichsgebiet zur Pflicht gemacht wurde, ist bis zum 30. September 1932 befristet. Da ihre Beibehaltung im Interesse einer angemessenen Brotpreisbildung und ihrer Überwachung zweckmäßig ist, wird jetzt ihre Geltungsdauer im Wege der Notverordnung unbefristet verlängert.

Kleine Chronik

Im deutschen und japanischen Rundfunk wurde am Freitag das **erste drahtlose Ferngespräch zwischen Berlin und Batavia,** das mittags zwischen 12.30 bis 12.45 Uhr zwischen Dr. Kurt **Rathke** von der Reichsrundfunkgesellschaft und Wolfgang **von Gronau** geführt wurde, nach Wachsplattenaufnahmen wiedergegeben.

In einer deutschnationalen Wahlversammlung in **Düsseldorf** kam es am Freitagabend zu **großen Störungen** von nationalsozialistischer Seite, die in eine regelrechte **Saalschlacht** ausarteten. Es sind auch **Schüsse** abgegeben worden, durch die ein Versammlungsteilnehmer erheblich verletzt wurde. Die Polizei nahm insgesamt 20 Verhaftungen vor.

In der Strafsache gegen vier **Nationalsozialisten** wegen **Ermordung eines Kommunisten** sind der **Bruder** und der **Vater** des Erschossenen wegen dringenden Tatverdachtes verhaftet worden.

Der 71jährige Landwirt **Wölke** aus Treppendorf bei **Bübben** erschoß heute, Samstagvormittag, den Amtsgerichtsrat **Tilk** in dessen Amtszimmer. Er hatte mit dem Erschossenen wegen Rückgängigmachung der Zwangsversteigerung seiner Wirtschaft, die im Januar erfolgen sollte, verhandelt. Der Täter gehört der KPD. an und war längere Zeit in einer Anstalt zur Untersuchung seines Geisteszustandes interniert.

In einem **englischen Militärflugzeug,** das in der Nähe von **Compton** brennend abstürzte, befanden sich sechs Insassen. Dank dem **Heldenmut des Flugzeugführers** konnten sich vier retten. Der Pilot gab, als die Maschine in Brand geriet, seinen Kameraden die Weisung, mit dem Fallschirm abzuspringen, er selbst blieb am Steuer und manövrierte weiter, um ein Umschlagen des Flugzeuges zu verhindern. Der Absprung gelang allerdings nur vieren, der Fünfte fand zusammen mit dem Flugzeugführer den Tod.

Aufsehenerregende Verhaftung in Kattowitz. In Kattowitz (Poln. Oberschlesien) ist dieser Tage Oberbergwerksdirektor Dr. **Ebeling** von der Fürstl. Pleß'schen Verwaltung, der als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Generaldirektors Dr. h. c. Pistorius, bestimmt war, verhaftet worden. Die Verhaftung soll mit den Vorgängen bei der „Oswag" in Oberlazisk im Zusammenhang stehen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Durchführung des Wirtschaftsplanes

Die Spitzengehälter in der Großindustrie

In **Berlin** wird die Meldung eines Blattes bestätigt, daß **der** Mitinhaber des Bankhauses Hardy & Co., Bankier **v. Flotow**, im Auftrage der Reichsregierung die Lage der **Gelsenkirchener Bergwerks AG.** an Ort und Stelle nachgeprüft und so in diesem Zusammenhange auch eine **Nachprüfung der Spitzengehälter** im Gelsenkirchener Konzern auf Grund der letzten Notverordnung erfolgt. In unterrichteten Kreisen wird darauf hingewiesen, daß diese Nachprüfung der Spitzengehälter zum ersten Male bei Gelsenkirchen durchgeführt wird, und daß sich daran auch entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung die Nachprüfung der Spitzengehälter in **anderen Großkonzernen** anschließen werden. Wie weiter gemeldet wird, steht die Ernennung des Reichskommissars für die subventionierten Betriebe unmittelbar bevor.

Die Ablösungsfrist für die Hauszinssteuer

Zu der in der letzten Woche veröffentlichten Verordnung des Reichspräsidenten, durch die die **Frist für die Ablösung der Hauszinssteuer** mit dem dreifachen Jahresbetrag über den 30. September 1932 hinaus bis zum 31. März 1933 durch **die Länder verlängert** werden kann, teilt der Reichsfinanzminister u. a. mit:

Um einen Anreiz für die Ablösung zu geben, sieht die Notverordnung vor, daß auch die für die Zeit vom 1. April bis zum 30. September 1932 erhobenen Beträge an **Gebäudeentschuldungssteuer** zur Hälfte auf den Ablösungsbetrag **angerechnet** werden. Die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zur Entrichtung des Ablösungsbetrages fällig gewordenen Steuerbeträge sind jedoch neben dem Ablösungsbetrag voll zu entrichten.

Zur Frage, ob dem Hauseigentümer anzuraten ist, von der Ablösung Gebrauch zu machen, wiederholt die Reichsregierung folgendes: Die ablösenden Eigentümer haben keinesfalls zu besorgen, daß später Maßnahmen des Reiches getroffen werden könnten, durch die ihnen die gegenwärtige Vorzugsbehandlung wieder genommen wird, oder durch die sie schlechter gestellt werden als die, die nicht abgelöst haben.

Wiederaufnahme der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen

Die deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen sind dieser Tage in **Bern** wieder aufgenommen worden. Der deutschen Delegation gehören an: Geheimer Regierungsrat Dr. **Hagemann**, Chef der Delegation, Ministerialrat **Natte**, Oberregierungsrat **Logsch**, Legationsrat **Plodeck**, und Oberzollsekretär **Ichhorn**. Die schweizerische Delegation setzt sich wie folgt zusammen: Chef der Delegation: Direktor **Stucki** von der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements, Nationalrat **Wetter**, Oberzolldirektor **Gaßmann**, Prof. **Laur**, Direktor des Bauernsekretariats, Nationalrat **Schirmer**, Dr. **Borel** vom Bauernsekretariat, **Homberger** vom Vorort des Handels- und Industrievereins, und Legationsrat Dr. **Bieli**.

Die Höhe der Bürgersteuer. In den Presseerörterungen der letzten Tage über die Bürgersteuer sind verschiedentlich wegen der Höhe des zu erhebenden Satzes Unklarheiten entstanden. Von zuständiger Berliner Stelle erfahren wir dazu, daß die Bürgersteuer nicht in unbeschränkter Höhe von den Gemeinden erhoben werden kann. Im Gegenteil bedürfen die Gemeinden der Genehmigung der **Landesregierung**, wenn sie mehr als 200 Prozent des Landessatzes erheben wollen.

Ein Hilfsprogramm für die deutsche Hotelwirtschaft. Die außerordentliche Notlage des deutschen Hotelgewerbes hat den Reichsverband der Deutschen Hotels, Restaurants und verwandter Betriebe dazu veranlaßt, ein Hilfsprogramm für die deutsche Hotelwirtschaft aufzustellen, das den Reichsbehörden vorgelegt wurde. Die Vertreter des Reichsverbandes haben dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister die Wünsche der Hotelwirtschaft vorgetragen.

Hilfsmaßnahmen für wohnungslose Reichsbedienstete. Der Reichsarbeitsminister hat Bestimmungen erlassen, nach denen zur Gewinnung von Wohnungen für wohnungslose Reichsbedienstete (Beamte, Angestellte, Arbeiter des Reiches) durch Teilung größerer Wohnungen Beihilfen gegeben werden. Die Beihilfe beträgt grundsätzlich die Hälfte der Umbaukosten. Anträge auf Gewährung derartiger Bauhilfen sind an die Landesfinanzämter zu richten.

Badischer Teil

Zur Frage der Aufhebung von Finanzämtern in Baden

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Auf die von der Badischen Regierung telegraphisch, schriftlich und mündlich erhobene **Vorstellung beim Reichsfinanzminister gegen die beabsichtigte Aufhebung von Finanzämtern** in Baden, worüber bereits am 20. September in einer Pressenotiz berichtet wurde, hat der **Reichsfinanzminister** nunmehr unterm 6. Oktober mitgeteilt, daß er **die allgemeine Frage** der Zusammenlegung von Finanzämtern in Baden und die Vorschläge im **einzelnen nochmals eingehend** prüfen werde.

Die durch den badischen Landespressedienst verbreitete Nachricht in den heutigen Blättern entspricht demnach nicht den Tatsachen.

*

Von der Stadtverwaltung **Durlach** wird uns dazu noch geschrieben:

Die Mitteilung, wonach das Reichsfinanzministerium eine Anzahl badischer Finanzämter, darunter auch das von Durlach, endgültig aufgehoben habe, entspricht nicht den Tatsachen. Eine endgültige Entscheidung des Reichsfinanzministeriums ist nicht erfolgt. Richtig ist vielmehr, daß auf Grund der **Gegenvorstellungen des badischen Finanz- und Staatsministeriums** sowie der **Stadtverwaltung Durlach** und der Durlacher Wirtschaftskreise nochmals eine **weitere Prüfung** der Angelegenheit erfolgt. Außerdem ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß nach Abschluß dieser Prüfung das Reichsfinanzministerium dem badischen Finanzministerium Gelegenheit zu **Verhandlungen** gibt, wie sie das badische Staatsministerium in seiner dringlichen Vorstellung bei dem Herrn Reichsfinanzminister und dem Herrn Reichskanzler erbeten hat. Die von dem badischen Landespressedienst gebrachte Nachricht muß auf einer Indiskretion beruhen und bezieht sich auf einen etwa drei Wochen zurückliegenden internen Vorgang zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Landesfinanzamt Karlsruhe, der durch die weiteren Ereignisse längst überholt ist.

Die Wahlen zur Kirchenregierung

Die Liberalen bleiben weiter im Oberkirchenrat und in der Kirchenregierung

Im Anschluß an die von der Landessynode beschlossene Verfassungsänderung, wodurch die Zahl der synodalen Mitglieder der **Kirchenregierung** von 6 auf 4 beschränkt wird, ist bei einem Teil der badischen Zeitungen der Eindruck entstanden, die **liberale Gruppe** sei aus dem **Oberkirchenrat** ausgeschlossen. Dies stimmt — worauf das Ev. Presseamt hinweist — nicht. Denn die Zusammensetzung des Oberkirchenrats wird durch diesen Beschluß der Landessynode nicht berührt. Der Oberkirchenrat bleibt nach wie vor im Amt. Dagegen traten die synodalen Mitglieder der **Kirchenregierung** gemäß der Verfassung zurück, und bei der Neuwahl sind lediglich die synodalen liberalen Mitglieder und das Mitglied des Volkskirchenbundes religiöser Sozialisten ausgeschieden. Die liberale Gruppe besitzt aber nach wie vor ein Mitglied ihrer Gruppe in der Kirchenregierung, denn die Kirchenregierung besteht aus 3 Mitgliedern des Oberkirchenrats und aus 4 synodalen Mitgliedern.

Frachtfreiheit für Liebesgaben

Wie im vorigen Jahr will die Reichsbahn auch in diesem Winter durch Gewährung von Frachtfreiheit für die **Winterhilfe** zur Linderung der Not beitragen. Rückwirkend vom 15. September ab werden Liebesgaben bei Aufgabe als Frachtgut **frachtfrei** befördert. Zu den Liebesgaben werden Lebensmittel, Kleidungs- und Wäschestücke sowie Heizmaterialien gerechnet, die von bestimmten gemeinnützigen Gesellschaften beschafft oder gesammelt und von ihnen unentgeltlich an arme Notleidende oder Bedürftige zum unmittelbaren Gebrauch abgegeben werden. Zur Aufgabe der Sendungen werden von diesen gemeinnützigen Gesellschaften **Spezialfrachtbriefe** den Absendern zur Verfügung gestellt. Die Dauer dieser Frachtfreiheit ist bei jederzeitigem Widerruf bis spätestens 31. März 1933 vorgesehen.

Aus der badischen Landwirtschaft

Spätjahrszuchtviehmarkt in Freiburg. Am Donnerstag, den 20. Oktober 1932, findet in **Freiburg i. Br.** der alljährliche **Spätjahrszuchtviehmarkt** statt. Über 100 Farren, die einer Vormusterung unterzogen wurden, und 40 verkäufliche weibliche Tiere kommen zum Auftrieb. Die Tiere sind das Ergebnis planmäßiger Zucht auf Leistung. Gemeindeverwaltungen und Landwirte finden hier ein Zuchtmaterial, das hohen Anforderungen entspricht, und neben Arbeitsleistung auch einer angemessenen zeitgemäßen Milchnutzung Geltung verschafft. Der Markt findet in einer geräumigen Markthalle mit großem Vorplatz statt. — Am gleichen Tag ist großer Pferdemarkt.

Aus der badischen Industrie

Hauptversammlung des Uhrenverbandes. In **Donaueschingen** fand unter nahezu vollzähliger Beteiligung der Mitglieder die 26. Hauptversammlung des Verbandes der Uhrenindustrie statt. Die Versammlung wurde eingeleitet durch eine Ansprache des 1. Vorsitzenden, Dr. Fritz **Mauthe**, der in den Mittelpunkt seiner Ausführungen das Motto setzte: „Sozial sein, heißt Arbeit schaffen". Er führte aus, wie es im großen ganzen gelungen sei, den Arbeitsfrieden in den Schwarzwaldbetrieben während der vergangenen Jahre zu erhalten und wie auch allmählich durch die Arbeit des Verbands eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen worden sei, die selbst angehalten habe in einer Zeit, wo durch schmerzliche und den einzelnen hart betreffende Abbaumaßnahmen dem wirtschaftlichen Zwang, der auf dem Schwarzwald ganz besonders schwer lastet, Opfer gebracht werden mußten. Er erinnerte daran, wie durch solidarisches Verhalten der im Verband zusammengefaßten Betriebe der Gefahr einer Verpflanzung unserer Industrie ins Ausland erfolgreich entgegengetreten worden sei.

Die Badische Grund- und Gewerbesteuer

Das Badische Grund- und Gewerbesteuergesetz ist in diesem Jahr in wesentlichen Teilen geändert und neu gefaßt worden. Die interessierten Kreise, namentlich die Finanzämter und Finanzbeamten, die Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Haus- und Grundbesitzer, Steuersachverständigen usw. werden sich über diese Neuerungen jetzt genau unterrichten müssen. Hierzu ist im Verlag **J. Bensheimer**, Mannheim, ein praktischer Handkommentar von Regierungsrat Dr. **Nikolaus** beim Finanzamt Mannheim erschienen, in dem die wichtigen neuen Bestimmungen übersichtlich und allgemein verständlich für die Praxis erläutert werden. Das Buch enthält den Text des Gesetzes in neuester Fassung und zu jeder Vorschrift eingehende Erläuterungen, die das Verständnis und die richtige Anwendung bedeutend erleichtern. Die gesamte Rechtsprechung und Verwaltungsübung ist sorgfältig berücksichtigt. Außerdem enthält das Buch alle neuen Vollzugsverordnungen und Erlasse, ferner ein ausführliches Stichwortregister. Da in der Praxis schon seit langem ein dringendes Bedürfnis nach einem solchen Erläuterungsbuch bestand, wird der Handkommentar von Nikolaus jedem, der sich über den neuesten Rechtszustand unterrichten will, sehr willkommen sein. Der Preis beträgt 7 RM. Außerdem erschien im gleichen Verlag ein Ergänzungsband zur Kohlerschen Ausgabe des Gebäudesondersteuergesetzes mit den neuesten Erlassen auf diesem Gebiet. Preis 1,20 RM.

Gebt den Hungrigen Speise,
spendet zur Winternothilfe 1932/33!

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Notgemeinschaft. Die Vorarbeiten für die Wiedereröffnung der im Vorjahr so erfolgreich gewesenen Karlsruher Notgemeinschaft sind in vollem Gange. Anmeldungen von Bedürftigen können bei den Anmeldestellen jedoch erst entgegengenommen werden, wenn hierzu in den Tageszeitungen aufgefordert worden ist. Spenden können dagegen jetzt schon auf Postscheckkonto 22 100 der Karlsruher Notgemeinschaft eingezahlt werden. Der allgemeine Aufruf an die Bevölkerung wird in einigen Tagen ergehen.

Die Zufahrtsrampe für die neue Maxauer Rheinbrücke. Bei einigen weiteren Geländeauftauschen der Stadt, welche den Bürgerausschuß Karlsruhe am Dienstag beschäftigen werden, handelt es sich um vorbereitende Maßnahmen für die **Arbeiten** an der **badischen Zufahrtsrampe** zur neuen **Maxauer Rheinbrücke.** Die von der Stadt erstrebten Grundstücke werden für die Materialentnahme benötigt. Es ist, so sagt die Vorlage ganz richtig, zweckmäßig, sich rechtzeitig in den Besitz dieser Grundstücke zu setzen, um später nicht mit langwierigen Geländeerwerbsverhandlungen aufgehalten zu sein. Das Mehrmaß, das die Stadt in einem Fall beim Geländetausch zugestehen muß, stellt eine Entschädigung für Anpflanzungen des Besitzers dar. Diese Zubuße und sämtliche Kosten aus den beiden Tauschverträgen werden von der Stadt dem Brückenbauunternehmen gegenüber angerechnet werden.

Das bekannte Restaurant zum „Friedrichshof" hier, Karl-Friedrich-Straße 28, ist am 1. Oktober an einen neuen Pächter übergegangen. Der neue Pächter kommt von Köln, wo er Mitinhaber und Geschäftsführer des berühmten Weinrestaurants Martin Wiesel war. Der Pächter, Herr **Wiesel**, wird eine ganz erstklassige Küche führen und auch sonst nur das Allerbeste zu billigen Preisen bieten.

Das Karlsruher Schwurgericht tritt am Montag, 10. Oktober und Dienstag, 11. Oktober, zu seiner sechsten diesjährigen Tagung zusammen.

Badisches Landestheater. Der Vorstellung von Schillers **„Räuber"** am Samstag, den 8. Oktober 1932 wird der Urenkel des Dichters, Friedrich von Gleichen-Rußwurm, beiwohnen. Am Sonntag, den 9. Oktober wird in der Nachmittagsvorstellung **„Die Regimentstochter"** für den erkrankten Wilhelm Rentwig den „Tonio" Heinrich Kuppinger vom Nationaltheater Mannheim singen.

Bund für Krebsbekämpfung. Der neue Vortragszyklus des Redners, Dr. **Wetterer**, Präsident des deutschen Bundes für Krebsbekämpfung, früher Mannheim, jetzt Leiter des Deutschen Radiumheims in Neckargemünd, findet Montag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, im Schloßhotel statt. Weitere Fortschritte auf dem Gebiete der Radiumbehandlung des Brust-, Gebärmutter-, Zungenkrebses sind durch den Redner dank seiner neuartigen Radiumkombinationsbestrahlung erreicht worden. Besonderem Interesse wird das große „Erlebnis" des Herrn Dr. Wetterer begegnen. Er meint damit jenen von ihm behandelten Fall seiner Radiumtherapie, der besprochen und durch Tafeln und Lichtbilder usw. demonstriert werden soll: Ein junger Mann, der durch Gehirnkrebs völlig blind geworden war und durch Wetterers neuartige Radiumkombinationsbestrahlung innerhalb sechs Tagen seine Sehkraft wieder erlangt hatte, und jetzt seine Lehrertätigkeit wieder aufnimmt. Der Redner verfolgt mit der Demonstration den Zweck, die Panikstimmung gegenüber dem Krebs zu zerstreuen. „Krebs haben, ist nicht mehr gleichbedeutend mit Verlorensein". Außer diesen, mit Lichtbildern illustrierten Fällen, werden andere Punkte, u. a. die fehlerhafte Radiumtheraphie in Deutschland, abgehandelt. Neue interessante Moulagetypen wird der Redner zeigen, es sind das die in der modernen Radiumtherapie nach dem Urteil Wetterers unbedingt nötigen Hilfsinstrumente aus Wachs und Honig, auf dem die Radiumpatronen befestigt sind.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Heute früh lag ganz Baden unter einer Hochnebeldecke. Eine schon gestern nordwestlich von England angelangte Zyklone hat sich inzwischen zu einem ausgedehnten Sturmwirbel entwickelt und verursacht in England regnerisches, stürmisches Wetter. Für Süddeutschland steht noch keine Verschlechterung bevor. Die Vorderseite der Zyklone wird bei meist heiterem Wetter föhnige Erwärmung verursachen. **Voraussage:** Wärmer und auffrischende Südwinde, sonst noch keine wesentliche Änderung der trockenen und meist heiteren Witterung.

Wasserstände: Waldshut 230 minus 3, Basel 31 plus 2, Kehl 237 plus 2, Maxau 383 minus 3, Mannheim 246 unv., Caub 156 plus 7.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Bauarbeiten am Schluchseewerk

hld. **Seebrugg**, 8. Okt. In den letzten Wochen machte die **Staumauer** große Fortschritte. Seit einigen Tagen hat sie die Horizontale erreicht, die mit der Hochstraße in einer Ebene liegt und somit wieder den Übergang auf die rechtsseitige Talseite vermittelt. Schon jetzt macht das Bauwerk einen gewaltigen Eindruck, das die ganze Gegend beherrscht. Man sieht auch, wie es mit dem See gemeint ist, bis zu welcher Höhe der Seespiegel ansteigen wird. Von überall her werden die Bergbächlein dem wassergierigen Schluchsee zugeführt, denn bis die geplante Höhe von 930 Metern erreicht ist, muß noch mancher Wassertropfen aufgefangen werden.

DZ. **Heidelberg**, 8. Okt. Der 37jährige Zimmermann Georg **Höhn** aus **Elsenz** hatte sich gestern vor der 2. Großen Strafkammer Heidelberg wegen **Unterschlagung** zu verantworten. Er befindet sich seit 14. Mai in Untersuchungshaft und ist nicht vorbestraft. Er hat seit 1929 als **Rechner** der **Spar- und Darlehenskasse** in Elsenz insgesamt 11 384 RM. veruntreut. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis, das Urteil lautete auf **ein Jahr und sechs Monate** Gefängnis wegen erschwerter Urkundenfälschung und Unterschlagung. Die Untersuchungshaft wird mit vier Monaten angerechnet, der Haftbefehl bleibt aufrechterhalten.

* **Rotenfels**, 8. Okt. Die wunderbare Parkanlage rings um die Trinkhalle der „Elisabethen-Quelle" hat wiederum eine Erweiterung erfahren. Das **Park-Kaffee** sieht seiner Vollendung entgegen. Es ist ein Schmuckkästchen geworden, in dem sich jeder Besucher bald heimlich fühlt. Die Inneneinrichtung ist ganz im Stil einer Schwarzwaldstube ausgeführt. Morgen, Sonntag, wird das neuerstellte Park-Kaffee eröffnet.

DZ. **Dogern** (Amt Waldshut), 8. Okt. Gestern abend, kurz nach 9 Uhr, brach in dem dem Landwirt Gustav **Widmer** gehörenden Hause Feuer aus, das in dem über 100 Jahre alten, ganz aus Holz erstellten Gebäude reiche Nahrung fand. Das Haus brannte vollständig nieder. Fünf dort wohnende Arbeiter haben ihre Habseligkeiten verloren. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	8. Oktober Geld	8. Oktober Brief	7. Oktober Geld	7. Oktober Brief
Amsterdam 100 G.	169.63	169.97	169.38	169.72
Kopenhagen 100 Kr.	75.32	75.48	75.32	75.48
Italien . . 100 L.	21.57	21.61	21.57	21.61
London . 1 Pfd.	14.525	14.565	14.525	14.565
New York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.53	16.57	16.495	16.535
Schweiz . . 100 Fr.	81.32	81.48	81.17	81.33
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die Reedereien stimmen dem Jäger-Plan zu. In einer am Freitag stattgefundenen Sitzung der deutschen Rheinreedereien wurde beschlossen, dem **Jägerschen Selbsthilfeplan für die Rheinschiffahrt beizutreten,** trotz der schwerwiegenden Bedenken, die von einigen Seiten wegen der weitgehenden Verpflichtungen gegenüber den Partikulierschiffern geäußert wurden. — Bekanntlich hat der Vorstand des **Partikulierschifferverbandes,** Jus et Justitia, seinen Mitgliedern bereits am 3. Oktober die Annahme empfohlen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Stand der Reben im Deutschen Reich Anfang Oktober. Durch die warme Septemberwitterung hat die Entwicklung der Trauben im allgemeinen günstige Fortschritte gemacht. Die Aussichten für den Ernteertrag haben sich allerdings durch letzthin in erheblichem Umfange aufgetretene Sauerwurmschäden sowie durch die Lederbeerenkrankheit etwas verschlechtert. Nach den bisherigen Ergebnissen von Vorlesen dürfte die neue Weinernte der Menge nach an die des Vorjahres nicht herankeichen. Hinsichtlich der Güte steht jedoch ein recht befriedigendes Ergebnis zu erwarten.

Im **Karlsruher Hafen** sind im **September** 108 Güterboote und Motorschiffe, sowie 233 Schleppkähne angekommen und 102 Güterboote und Motorschiffe, sowie 219 Schleppkähne abgegangen. Der Eilgüterverkehr war im Berichtsmonat kleiner, als im August, dagegen größer, als im September vorigen Jahres. Der Schleppkahnverkehr war im September 1932 bei der Ankunft größer und beim Abgang unbedeutend kleiner, als im August 1932, dagegen in Ankunft wie Abgang erheblich größer, als im September 1931. Der Umschlagsverkehr war um rund 15 000 Tonnen geringer als im August und um rund 84 000 Tonnen größer, als im September 1931.

Baseler Rheinhafenverkehr. Der Monat September brachte gegenüber dem Vormonat und dem vergangenen Jahre einen großen Ausfall im Güterverkehr der Basler Rheinhäfen. Während im September 1931 eine Gesamtzahl von 155 223 Tonnen und im August 1932 eine solche von 182 890 Tonnen erreicht wurden, waren es jetzt nur 47 667 Tonnen. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß der Rhein für die großen Schleppzüge völlig unbefahrbar und in der Zeit vom 6. bis 27. September der Rhein-Rhone-Kanal wegen Reinigungsarbeiten gesperrt war. So war eine Schiffahrt nur in den Tagen vom 1. bis 6. und vom 27. bis 30. September möglich. Die Gesamttonnenzahl der ersten neun Monate d. J. beträgt 1 091 432 Tonnen, gegenüber 1 026 300 Tonnen im Vorjahre.

Das endgültige Konversionsergebnis in England. Nur die Besitzer von 165 Mill. Lst. des 2 Milliarden-Lst.-Blocks der 5 Proz. Kriegsanleihe haben Barrückzahlung verlangt. Das Gesamtresultat bedeutet, daß 92 Proz. des Gesamtbetrages konvertiert wurden.

Das endgültige Ergebnis der französischen Konversion. Nach Mitteilungen des französischen Finanzministers sind bei der Konversion der Staatsrenten, die sich auf einen Gesamtbetrag von 85,46 Milliarden Franken erstreckte, für 4,52 Milliarden Franken Rückzahlungsforderungen angemeldet worden, demgegenüber 2,94 Milliarden Franken Barzeichnungen auf die neue 4½prozentige Konversionsanleihe, wodurch der Betrag der **Barrückzahlungen** auf 1,59 Milliarden Franken ermäßigt wird, also auf 1,85 **Proz.** des konvertierten Betrages. Nur etwa ein Viertel des Gesamtbetrages der konvertierten Renten war von Sparkassen und ähnlichen dem Regierungseinfluß zugänglichen Instituten verwaltet, während sich der Rest in Privathand befand.

Staatsanzeiger
Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Versetzt:

Verwaltungssekretär Ernst **Perseke** beim Bezirksamt Ettlingen zu jenem in Rastatt.

Kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten:

Gewerberat Ernst **Haas** beim Gewerbeaufsichtsamt in Karlsruhe.

Zurruhegesetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit:

Verwaltungsinspektor Joseph **Irslinger** beim Bezirksamt Rastatt.

Entlassen auf Ansuchen:

Kanzleiassistentin Teckla **Nagel** bei der Landesversicherungsanstalt Baden.

Gestorben:

Polizeihauptwachtmeister Wilhelm **Baumann** in Mannheim.

Justizministerium:

Ernannt:

Justizassistent Albert **Bell** beim Amtsgericht Karlsruhe zum Justizsekretär.

Versetzt:

Justizinspektor Otto **Kleb** beim Amtsgericht St. Blasien zum Amtsgericht Gengenbach, die Justizobersekretäre Ernst **Schmitt** beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Engen, Ernst **Weber** beim Amtsgericht Pforzheim zum Amtsgericht Mannheim, Justizassistent Johann **Nusser** beim Notariat Stetten a. k. M. zum Notariat Säckingen.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 11.—16. Oktober 1932.

Im Landestheater:

Dienstag, 11. Oktober: ✱ G 3 Th.-Gem. II. S.-Gr. **Ballett-Abend.** 20—22 (4,50 RM).

Mittwoch, 12. Oktober: ✱ A 4 (Mittwochmiete) Th.-Gem. 1401 bis 1500. **Der 18. Oktober.** Schauspiel von Walter Erich Schäfer. 20—21.45 (3,90 RM).

Donnerstag, 13. Oktober: ✱ D 5 (Donnerstagmiete) Th.-Gem. 1101—1200. **Große Szene.** Komödie von Arthur Schnitzler. Hierauf: **Der grüne Kakadu.** Groteske von Arthur Schnitzler. 20 bis nach 22 (3,30 RM).

Freitag, 14. Oktober: ✱ F 4 (Freitagmiete) Th.-Gem. 201—300. **Schneider Wibbel.** Komödie von Müller-Schlösser. 20 bis nach 22 (3,30 RM).

Samstag, 15. Oktober: ✱ C 4 Th.-Gem. 101—200. **Reifeprüfung.** Drama von Max Dreyer. 20—22 (3,90 RM).

Sonntag, 16. Oktober: Morgenfeier **„Richard Strauß".** 11.15 bis 12.30 (0,50—1,00 RM).
Abends: ✱ B 4 Th.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte. Zum erstenmal: **Die ägyptische Helena.** Oper von Richard Strauß. 19.30 bis 22 (5,70 RM).

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 16. Oktober: ✱ Zum erstenmal: **Liebling adieu.** Musikalisches Lustspiel von Alfred Strasser. 19.30—22 (2,60 RM).

Großes Konzert zur Neueröffnung: 8. Oktober!

FRIEDRICHSHOF KARLSRUHE

Dem verehrten Publikum von Karlsruhe und Umgebung zur Kenntnis, daß ich ab heute das M.67

HOTEL-RESTAURANT „FRIEDRICHSHOF"

Karl-Friedrich-Straße 28 **Telefon 359**

übernommen habe. Für Speisen und Getränke 1. Qualität werde ich bestens Sorge tragen. Hierfür bürgt meine langjährige Mitarbeit im Weinhaus Martin Wiesel in Köln. Um geneigten Zuspruch bittet

Peter Wiesel.

Spezialausschank: Sinner Exportbier!

Kampf dem Krebs!

Der Deutsche Bund für Krebsbekämpfung

hält folgende Veranstaltung mit Lichtbildern in

Karlsruhe im **Schloßhotel, Montag, 10. Okt., abends 8 Uhr,** ab. Der Präsident des deutschen Bundes für Krebsbekämpfung, Herr Dr. **Wetterer,** früher Mannheim, jetzt Leiter des Deutschen Radiumheims, Neckargemünd, spricht in Fortsetzung seiner früheren Vorträge über das Thema

Freud und Leid aus der Wunderwelt der Radiumtherapie.

1. Neue Wege mit **Regaud** und über **Regaud** hinaus. (Der Ausbau der Radiummoulage.)
2. **Im Mittelpunkte des Vortrages stehen Bericht und Demonstration* über ein herrliches Erlebnis, über den Fall von Bekämpfung von Gehirnkrebs, der zur vollständigen Erblindung des jungen Mannes geführt hatte, und bei dem meine neuartige Radiummethodik innerhalb 6 Tagen die Sehkraft wiederherstellte.**
3. Ferner wird berichtet über neue hoffnungsvolle Erfahrungen auf dem Gebiete der Brust-, Gebärmutter-, Zungen-, Brustraumkrebse. Leider fehlt es auch nicht an Enttäuschungen, insbesondere auf dem Gebiete der Magen-Darm-Leberkrebse.
4. Fehler und Hemmnisse in der deutschen Radiumtherapie.

Für Beantwortung von zahlreich eingelaufenen Fragen u. a.:
Wert der wissenschaftlichen **Augendiagnose** für die Erkennung der Krebsdisposition.
Was wird die **Atomzertrümmerung** für die Krebsbekämpfung bringen?
Die **Erdstrahlung** als Ursache der Krebserkrankung usw.
wird im Vortragsabend ein besonderer Termin bestimmt.

* Es empfiehlt sich, Opernglas mitzubringen.

Eintritt frei für jedermann.

M.66

Fidelitas-Bier
(Hell-Export)
unsere langjährige **Spezialität,** ist auch in der kühlen Jahreszeit ein Getränk, das durch seinen Wohlgeschmack und seine **unübertroffene** Bekömmlichkeit auch den verwöhntesten Gaumen befriedigt.

Dunkles Lagerbier
überrascht, trotz des **billigen** Preises, durch seine Vollmundigkeit und Nährkraft.

Brauerei Schrempp-Printz, Karlsruhe.

Zuchtviehmarkt in Freiburg i. Br.

am Donnerstag, den 20. Oktober 1932: Beginn 9 Uhr vormittags.

Es kommen über 100 vorgemusterte Farren und 40 verkäufliche weibliche Tiere zum Auftrieb.
Am gleichen Tage **„Großer Pferdemarkt".** M.47

Mittelbadischer Fleckviehzucht-Verband Freiburg i. Br.

Wir werben für Sie!

Abends:
* C 3, Th.-Gem. 1301—1400

Figaros Hochzeit
Komische Oper von Mozart
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Blank, Fanz, Haberkorn, Lenz, Seiberlich, Winter, Moerschel, Hospach, Kalnbach, Kiefer, Löser, Oerner, Schuster
Anf. 19½, Ende nach 23½
Preise E (0,90—5,70 RM)

Montag, den 10. Okt. 1932
Volksbühne: Oktobervorstellung
Die Räuber
Trauerspiel von Schiller
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Ehrhardt, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmecke, Herz, Hierl, Kienscherf, Kloeble, Kuhne, Mehner, P. Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trenck, Kuhr
Anfang 19½, Ende geg. 23
Preise B (0,60—3,90 RM)
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten

Di. 11. 10. Ballett-Abend.
Mi. 12. 10. Der 18. Oktober.
Do. 13. 10. Große Szene. Hierauf: Der grüne Kakadu.
Fr. 14. 10. Schneider Wibbel.
Sa. 15. 10. Reifeprüfung.
So. 16. 10. Morgenfeier „Richard Strauß". Abends: Zum erstenmal: Die aegyptische Helena. Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Liebling adieu.

Pumpen aller Art

Kauf! Miete! Große Vorräte
Zubehörteile aller Art! M.45

J. Prölsdörfer · Karlsruhe 1
Spezialhaus für Baubedarf

Betr. Jagdverpachtungen

Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger", München, u. a. auch offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen: Wertheim, Tauberbischofsheim, Buchen, Osterburken, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Pforzheim, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Kehl, Offenburg, Kinzigtal, Lahr, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen, Linzgau-Heuberg, Lörrach und Konstanz. Diese weitverbreitete Zeitschrift ist darum das geeignete Ankündigungsorgan für Jagd- und Fischereiverpachtungen, worauf die Stadt- und Gemeinderäte besonders aufmerksam gemacht werden. Anschrift: „Der Deutsche Jäger" F. C. Mayer Verlag, München 2 C, Sparkassenstr. 11. M.46

Milchproduzenten-Verein Freiburg e. V.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 8 der Satzung berufe ich die Vertreterversammlung des Milchproduzenten-Vereins Freiburg e. V. auf **Dienstag, den 25. Oktober 1932, nachmittags 1 Uhr,** nach der „Löwenbräuhalle" in Freiburg i. Br., Bertholdstraße 44.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Lage der Milchwirtschaft (Molkereiverbandspräsident Nerpel).
2. Bericht über die Arbeiten der Organisation.
3. Verschiedenes.
4. Wünsche und Anträge.

Vertretungs- und stimmberechtigt sind die Vorsitzenden der örtlichen Milchgenossenschaften und Milchproduzentenvereine, deren Namen uns seitens der örtlichen Organisationen bis spätestens 20. ds. Mts. mitgeteilt worden sind. (§ 8 Ziff. 6). M.64

Der Vorsitzende:
gez.: Kienzler.

Rollbahnen und Baugeräte
zu Kauf und Miete

Wilh. Messmer, Villingen
Fernsprecher 2131. Gegr. 1903
Kataloge gratis M.18

C.551. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Bausback & Trinks** in Karlsruhe, Winterstraße 44 c, wurde mangels Masse eingestellt. Karlsruhe, den 5. Oktober 1932. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.**

S.205. **Bruchsal.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Parfümeriefabrik Badenia G. m. b. H.** in Bruchsal, vorm. Eugen Ofterdinger & Co. in Bruchsal ist Termin zur Anhörung der Gläubigerversammlung über den vom Konkursverwalter gestellten Antrag auf Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse, zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Festsetzung der Vergütung des Verwalters, bestimmt auf: **Freitag, den 28. Oktober 1932, vormittags 10 Uhr,** im Amtsgerichtsgebäude, I. Stock, Zimmer Nr. 1. Bruchsal, den 4. Oktober 1932. **Amtsgericht IV.**

Badisches Landestheater
Sonntag, 9. Oktober 1932
Nachmittags:
1. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige
Die Regimentstochter
Komische Oper v. Donizetti
Dirigent: Keilberth
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Fischbach, Haberkorn, Kratzer, Hospach, Kalnbach, Löser, H. Lindemann, Meyer Kuppinger a. G.
Anfang 15¼, Ende 17¼
Preise E (0,50—3,20 RM)

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
HANS VATTER
DOSSENHEIM ½ BERGSTR.
liefert aus Schloß- u. Heckenmarkbruch erstklassiges
STRASSENBAU-MATERIAL

Formulare
liefert preiswert
G. Braun GmbH.
Karlsruhe
Karl-Friedrich-Straße 14

Druck G. Braun, Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg